

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 16, Am Köhlischen Park 2.

Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlung: 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Die Rolle der Gewerkschaften im Gesellschaftsleben.

Von Fritz Tarnow.

Die Veränderungen in der Wirtschaft, den Staatsverfassungen und der gesellschaftlichen Struktur, die sich während des letzten Jahrzehnts vollzogen haben, gehen tiefer, als den meisten Zeitgenossen schon sichtbar geworden ist. Daß unter diesen Umständen Aufgabenkreis und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung sich ebenfalls verändert, zum mindesten erweitert haben müssen, liegt auf der Hand. An dieser Erkenntnis fehlt es denn auch keineswegs in unseren Reihen. Aber sie äußert sich mehr im gefühlsmäßigen Ahnen als in einem abgeklärten, verstandesmäßigen Wissen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ihrer Natur nach mehr auf praktisches Erfahren und Erproben eingestellt als auf theoretische Betrachtungen. Schon bis weit in die Vorkriegszeit zurück geht der Ruf nach einer geschriebenen Theorie der Gewerkschaftsbewegung; aber es blieb immer nur bei dem bloßen Wunsch.

Dabei lagen in der Vorkriegszeit die Verhältnisse viel einfacher und durchsichtiger als heute. Ueber den mutmaßlichen Verlauf der ökonomischen und politischen Entwicklung gab es in der politisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zwar differierende Meinungen, z. B. ob die Sozialisierung der Wirtschaft auf dem Wege des „Hineinwachsenden“ oder der „Revolution“ erfolgen würde; aber dieser Streit, so gewaltigen Lärm er seinerzeit verursachte, war doch mehr literarischer als praktischer Natur. Man erkannte, daß es ziemlich müßig sei, sich über theoretische Zukunftsfragen zu streiten, da man sich über die nächsten Aufgaben der Praxis ziemlich einig war. Wie immer man über die Revolution oder Evolution in der Wirtschaft dachte, so gab es doch keinen Meinungsstreit darüber, daß es auf jeden Fall erst einmal darauf ankomme, für die Arbeiterklasse die politische Macht zu erobern. Nachher würde man schon weiter sehen, ob nun einfach — wie die einen meinten — mit politischen Machtmitteln die Wirtschaft schnell umgeformt werden könne oder ob — wie die anderen sagten — auch dann noch ein längerer Entwicklungsprozeß dafür erforderlich sein würde.

Unter diesen Umständen erschien es ganz natürlich, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften als auf Gegenwartsaufgaben beschränkt angesehen wurde. Sie hatten dafür zu sorgen, daß es auch unter der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeitern nicht allzu schlecht ginge. Aber diese Wirtschaftsform selbst zu ändern, erschien als eine Aufgabe, die vorläufig noch nicht zu lösen war. Dazu mußten erst die politischen Machtverhältnisse und der Staat geändert werden. Das aber war die Aufgabe der politischen Partei, der die Gewerkschaften dabei höchstens Hilfe zu leisten hatten.

Der alte Staat gab den Gewerkschaften keine Gelegenheit, sich staatspolitisch betätigen zu können. Daß die Arbeitermassen nicht nur Objekt, sondern handelndes Subjekt der Staatspolitik sein wollten, erwiesen den politischen Herrschenden von damals überhaupt als eine unvorstellbare Anmaßung. Notgedrungen mußten sie sich mit den politischen Parlamenten abfinden, mußten es dulden, daß sich dort die „vaterlandslosen“ Arbeitervertreter immer breiter machten, aber das Recht der letzten Entscheidungen hielten sie um so fester in der Hand; diese wurden getroffen nicht durch eine parlamentarische, sondern eine von Gottes Gnaden eingeleitete Regierung und durch eine Verwaltung, die peinlichst sauber gehalten wurde. Wie wäre unter diesen Verhältnissen eine staatspolitische Tätigkeit der Gewerkschaften überhaupt möglich gewesen? Für die allgemeinen politischen Fragen war die politische Arbeiterbewegung zuständig. Auf die Sozialpolitik, soweit solche im alten Staat getrieben wurde, war in der Hauptsache nur vom Parlament aus ein Einfluß der Arbeiterklasse möglich. Diese Aufgabe wurde von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Zufriedenheit der Gewerkschaften erfüllt; jedenfalls konnte ernstlich der Gedanke nicht hochkommen, daß dafür eine besondere parlamentarische Gewerkschaftsvertretung notwendig gewesen wäre.

Die Wirtschaftspolitik aber, die den Gewerkschaften am nächsten liegt, war eine Angelegenheit, von der der Staat die Fiktion aufrecht erhielt, daß sie ihn überhaupt nichts angehe und deshalb kein besonderer Gegenstand der Staatspolitik sei. Diese manchesterliche Lehre war praktisch allerdings längst zu allem Eisen geworden. Wochte der Staat Steuer-, Zoll-, Handels-, Verkehrs- u. s. w. treiben, wie er wollte, es war auf jeden Fall Wirtschaftspolitik. Und darüber war er sich auch vollkommen klar. Es entsprach nur dem einseitigen Klassencharakter des alten Staats, daß er bei seiner Wirtschaftspolitik auch außerhalb der Parlamentsphäre die wirtschaftlichen Interessensvertretungen der kapitalistischen Klasse, nicht aber die der Arbeiterklasse miteinwirken ließ. Der Bund der Landwirte, der Reichsverband der Industrie, die Organisationsvertreter der Handels- und Bankwelt waren in den Regierungsstuben oft und gern gesehene Gäste und fanden es ganz in der Ordnung, daß der Kaiserherr sich dienstbescheiden ihren Wünschen erkundigte. Der Gedanke, etwa auch die Gewerkschaften zu einer solchen Mitwirkung bei den staatlichen Aufgaben heranzuziehen, wäre den damaligen Staatsorganen als eine Ungeheuerlichkeit erschienen.

Daraus ergab sich ganz von selbst die Beschränkung der Gewerkschaftsarbeit auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse, den Kampf mit dem Unternehmertum. In der Arbeiterklasse mußte sich die Auffassung festsetzen, daß der Staat an sich eine Institution des kapitalistischen Systems sei und ebenso grundsätzlich bekämpft werden müsse wie dieses. Die prinzipiell staatsfeindliche Gesinnung ist der deutschen Arbeiterklasse so fest eingebledt worden, daß viele den Staat auch dann noch als den geschworenen Feind ansahen, als schon für die Arbeiterklasse die Möglichkeit gegeben war, den Staat sich selbst dienstbar zu machen.

Viele haben die Veränderung noch gar nicht begriffen. Seitdem das allgemeine und gleiche Wahlrecht ergänzt worden ist durch das parlamentarische Staatsregime muß die Staatsmacht denen unterstehen, die die Mehrheit im Volke bilden. Das aber ist zweifellos das Proletariat. Wenn dieses trotzdem die politische Macht noch nicht besitzt, so ist daran nun nicht mehr ein ihm feindliches Staatssystem schuld, sondern nur sein eigenes Unvermögen, sich zu einheitlichem politischen Willen zu vereinen. Wenn früher notwendigweise der Kampf um die politische Macht für die Arbeiter ein Kampf gegen die Staatsform war, muß er heute ebenso zwingend ein Kampf für die Verteidigung des bestehenden demokratischen Staatssystems und dessen weiteren Ausbau sein. Es ist durchaus logisch, daß die kapitalistische Klasse den heutigen Staat auf Tod und Leben bekämpft und versucht, auf legalem oder auf dem Wege der Gewalt, die schwarzweiße Fahne des alten Staates wieder hochzuziehen. Jedoch gibt es keinen groteskeren Unsinn, als „im Namen des Proletariats“, also der Volksmehrheit, gegen das demokratische Staatssystem anzutreten und das System einer Minderheitsregierung zu fordern.

So unvollkommen der demokratische Charakter des neuen Staates noch ist, so bietet er doch gerade für die Gewerkschaften schon erheblich erweiterte Betätigungsmöglichkeiten. Bei den staatlichen Aufgaben, die in die Interessensphäre der Gewerkschaften fallen, geht es nun nicht mehr an, ausschließlich die Vertreter der Unternehmerorganisationen zu hören. Andererseits sind diese staatspolitischen Aufgaben vermehrt und erweitert worden, neben der Sozialpolitik insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Der neue Staat kann nicht mehr die Fiktion aufrechterhalten, daß ihn die Wirtschaft nichts angehe, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Aus alledem ergibt sich für die Gewerkschaften eine wesentlich andere Einstellung zum Staat und zu den staatspolitischen Aufgaben. An Stelle der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Staat ist das Interesse an der Aufrechterhaltung der demokratischen Staatsform getreten, an Stelle der Negation die positive Mitarbeit an staatlichen Aufgaben. Damit taucht auch nicht von ungefähr die Frage auf, ob die Gewerkschaften dazu etwa eine direkte Vertretung im politischen Parlament gebrauchen. Mit Recht wird jedoch darauf verwiesen, daß gerade für die gewerkschaftlich interessierenden Gebiete der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik eine Fülle von Mitwirkungsmöglichkeiten außerhalb der eigentlichen parlamentarischen Tätigkeit liegt, die allerdings nur erst zum Teil für die Gewerkschaftspraxis wirklich erschlossen sind. Auch ein besonderer Wirtschaftsparlamentarismus ist, wenigstens in seinen Anfängen, schon vorhanden, wenn auch das Problem seiner Fortentwicklung vorläufig noch ungelöst ist.

Noch wichtiger aber erscheint das Verhältnis zur Wirtschaft selbst. Auf politischem Wege kann der Befreiungskampf der Arbeiterklasse nicht weiter geführt werden als bis zur Eroberung der politischen Macht. Die Erkenntnis ist nun aber gewachsen, daß politischer Machtbesitz an den ökonomischen Grundtatsachen noch herzlich wenig verändert. Die Demokratisierung des Staates ist für die Arbeiterklasse nicht das Ziel, sondern nur eine Etappe auf dem Wege zum Ziel. Dieser weitere Weg muß nun gefunden und begangen werden, und es ist klar, daß er mit anderen Mitteln bereitet werden muß als der Weg zur politischen Macht.

Wie dieser Weg aussehen muß, ist eine Frage, die noch keineswegs geklärt, die zu klären aber nun dringend notwendig ist. Wurde der Kampf um die politische Demokratie im Zusammenwirken von gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung, aber unter Leitung der letzteren geführt, so wird auch im Kampf um die wirtschaftliche Demokratie — und darum wird es sich zunächst handeln — das Zusammenwirken erhalten bleiben, aber die Führung bei den Gewerkschaften liegen müssen. So ergibt sich für diese eine Zukunft, die ihnen, gleichviel in welchen Formen und in welchem Tempo die Dinge sich entwickeln, eine Rolle im Gesellschaftsleben zuweist, die weit über die Bedeutung hinausgeht, die sie bisher haben konnten.

Damit aber türmen sich auch Probleme der Erkenntnis und der Fiktion auf, die vorerst theoretisch gelöst werden müssen, wenn die Bewegung sich nicht in unheilvollen Irrwegen verlaufen soll. Das Fehlen einer abgeklärten Gewerkschaftstheorie macht sich heute empfindlicher noch bemerkbar als früher. An Bausteinen dazu fehlt es nicht; man braucht nur an die „Richtlinien“ zu denken, die bei der Gründung des DGB auf dem Münchener Gewerkschaftstongreß beschlossen wurden.

Aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung hatte bisher nicht das Glück der englischen, die seinerzeit in den Webbs ihre glänzenden Theoretiker fanden; und die Gewerkschaftspraktiker sind heute unter der Unrast der wirtschaftlichen Verhältnisse mit praktischer Tagesarbeit viel zu stark beschäftigt, um die Mühe für große theoretische Arbeiten finden zu können.

Unter diesen Umständen ist es hocherfreulich, daß sich der Genosse Karl Zwing, ein alter Gewerkschafter und vieljähriger Redakteur an der Parteipresse, an diese Aufgabe herangemacht hat. Vor kurzem ist von ihm der erste Band einer „Soziologie der Gewerkschaftsbewegung“ erschienen, dem ein zweiter Band folgen soll. Im vorliegenden Band wird das Thema „Gewerkschaften und Wirtschaft“ behandelt, und Zwing unternimmt es darin, ein theoretisches System der Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln. Diese interessante Arbeit ist gewiß noch keine endgültige und fertige Lösung der Aufgabe, eine Gewerkschaftstheorie zu schaffen. Sie kommt auch zu Ergebnissen, die, wie wir noch sehen werden, keineswegs unbesehen übernommen werden können. Nichtsdestoweniger bietet die Schrift eine solche Fülle von Anregungen und Diszussionsstoff, daß sie auf alle Fälle eine wertvolle Bereicherung der gewerkschaftlichen Literatur bedeutet und ihr Studium allen Gewerkschaftern, denen es um eine Vertiefung ihrer Auffassungen zu tun ist, dringend zu empfehlen ist.

In weiteren Abhandlungen soll der Inhalt der Zwingschen Schrift dargestellt und kritisch beleuchtet werden.

Die Lage im Drechslergewerbe.

II.

Die Entwicklung im Drechslergewerbe wird durch die steigende Zahl der Ungelernten illustriert. In früheren Jahren waren Nichtgelernte nur in einigen Branchen anzutreffen. Aber die maschinell-technische Weiterentwicklung, die auch vor dem Drechslergewerbe nicht haltmacht, sowie die ständig wachsende Spezialisierung der Arbeit ermöglicht das Eindringen von ungelerten und weiblichen Arbeitern in alle Branchen. In der Horn- und Kunsthornbranche sind 62,1 Prozent aller Beschäftigten gelernte Drechsler. Die Holzbranche weist 61,4 Prozent gelernte Drechsler auf. Bei diesen beiden Branchen ist die Beschäftigung von nicht gelernten Personen sehr begrenzt, da die Art der Arbeit hauptsächlich gelernte Arbeiter bedingt. In der Hartgummibranche sind 68,7 Prozent Drechsler ermittelt, doch ist diese Branche die einzige, über welche infolge der Organisationszersplitterung eine genaue Übersicht nicht zu erhalten war. So fehlt in der Statistik Berlin gänzlich. Hier sind etwa in 20 Betrieben 300 Personen in der Hartgummibranche beschäftigt. Diese Betriebe sind aber teilweise so stark mit der chirurgischen Metallbranche verbunden, daß sich eine reine Scheidung zwischen den Metaldrehern und Gummidrehslern kaum vollziehen läßt. Auch von Hannover war über die Hartgummibranche keine Übersicht zu erlangen, obwohl dort die Verhältnisse wesentlich klarer liegen als in Berlin. Sicher ist, daß in der Hartgummibranche die Beschäftigung Ungelernter viel stärker ist, als die Feststellungen aufweisen. Ist in der Holz- und Hornbranche der gelernte Drechsler in der Mehrzahl, so ist in den übrigen Branchen die Zahl der Nichtgelernten größer. So sind in der Abasterbranche 64 Prozent, in der Bernsteinbranche 70 Prozent, in der Eisenbranche 78 Prozent, in der Bein- und Eisenbeinbranche 80 Prozent und in der Füllfederhalterbranche 84 Prozent aller Beschäftigten ungelernete Arbeiter bzw. Arbeiterinnen. Trotzdem wird der gelernte Drechsler der Hauptfaktor bei dem Produktionsprozeß bleiben, selbst wenn durch noch vollkommener Spezialisierung sein Einfluß auf die Produktion noch geringer werden sollte. Nur muß dann die Notwendigkeit einer drei- bis vierjährigen Lehrzeit zur Erlernung eines Spezialfaches der Drechslererei noch entschiedener bestritten werden.

Ein Vergleich mit der Beschäftigtenziffer zeigt einen recht hohen Einschlag der weiblichen Arbeitskräfte. In der Füllfederhalterbranche sind 57,2 Prozent Arbeiterinnen beschäftigt. Auch in der Bernsteinbranche ist die Zahl der Arbeiterinnen mit 46,6 Prozent aller Beschäftigten recht hoch. In der Bein- und Eisenbeinbranche beträgt sie 26,7 Prozent, in der Eisenbranche 25,5 Prozent, in der Hartgummibranche 16,3 Prozent, in der Holzbranche 12,7 Prozent, in der Horn- und Kunsthornbranche 11,4 Prozent und in der Abasterbranche 2,9 Prozent aller Beschäftigten.

Eine recht starke Zunahme ist bei den Lehrlingen zu verzeichnen. Insgesamt sind 943 Lehrlinge festgestellt worden, welche sich auf sämtliche Branchen, außer der Abasterbranche, verteilen. In der Holzbranche sind allein 717 Lehrlinge, das sind 76 Prozent aller Lehrlinge, tätig. Auf je sechs Drechsler kommt hier ein Lehrling. Am unerfreulichsten ist die Anzahl der Lehrlinge in der Bernsteinbranche, wo auf je drei Drechsler zwei Lehrlinge entfallen. Auch die Bein- und Eisenbeinbranche weist mit einem Verhältnis wie 3 zu 1 eine verhältnismäßig recht hohe Zahl Lehrlinge auf. In der Hartgummibranche und Füllfederhalterbranche ist das Verhältnis

*) Karl Zwing: „Soziologie der Gewerkschaftsbewegung“, erster Teil: Gewerkschaften und Wirtschaft, Jena 1925. Zu beziehen für Verbandsmitglieder durch die Verlagshandlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zum Vorzugspreis von 4 M. für das gebundene Exemplar (Einzelpreis 5,50 M.).

wie 5 zu 1, in der Horn- und Kunsthornbranche wie 7 zu 1, während in der Eisenbranche erst auf 13 Drechsler ein Lehrling kommt. Diese Branche ist die industriell fortgeschrittenste Branche des Drechslergewerbes. Alle in dieser Branche Bemerkenden sind in Großbetrieben tätig, während z. B. in der Holzbranche 87 Prozent aller Lehrlinge in Klein- und Zwergbetrieben angelernt werden. Der Großbetrieb würde sich mit der Anlernung von Lehrlingen überhaupt nicht abgeben, wenn er für seine Produktion auf andere Weise genügend Spezialarbeiter erhalten würde. Aber der gelernte Drechsler kann trotz aller Maschinen und sonstiger technischen Hilfsmittel in keinem Zweig des Drechslergewerbes entbehrt werden. Nur ist es verwerflich, wenn junge Leute unter der Vorpiegelung, den Drechslerberuf erlernen zu können, auf die einseitigen Artikel der Pfeifen-, Hartgummi-, Füllhalter- und sonstigen Spezialbranchen und deren Abzweige angelernt werden. In der Bernsteinbranche könnten Lehrlinge, jedoch in weit geringerer Anzahl, zugelassen werden. Auch gegen die Aufnahme von Lehrlingen in der Horn-, Bein- und Elfenbeinbranche läßt sich nichts einwenden, da diese ihre in einer ordnungsgemäßen Lehre erhaltenen Kenntnisse in dem vielseitigen Drechslergewerbe gut verwerten können. In der Holzbranche arbeiten 235 Kleinmeister nur mit Lehrlingen; in einzelnen Fällen kommen auf einen Betrieb 5 und 6 Lehrlinge. Insgesamt sind es 290 Lehrlinge, die in Betrieben mit dem Unternehmer allein arbeiten. Wie stark die Zahl der Lehrlinge gestiegen ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1920 auf je 15 Drechsler ein Lehrling kam, und heute kommt schon auf je 6 Drechsler einer. Prozentual berechnet ist in den letzten vier Jahren die Zahl der Lehrlinge um 267 Proz., also um mehr als das 2½fache gestiegen. Diese starke Zunahme ist darauf zurückzuführen, daß die Produktion wieder stark belebt worden ist, weshalb insbesondere die Kleinmeister sich in den Lehrlingen billige Arbeitskräfte sichern. Namentlich wird von dem Münchener Drechslergewerbe über die Zunahme der Lehrlingszuchterei geklagt. In München gibt es allein 58 Betriebe, die keinen Gesellen beschäftigen, dagegen werden in diesen Kleinbetrieben 32 Lehrlinge gehalten. Insgesamt arbeiten bei den Münchener Kleinmeistern 30 Drechsler und 52 Lehrlinge. Es kommen also auf einen Drechsler fast 2 Lehrlinge. Das ist ein ungesunder Zustand, aus dem heraus die unlautere Konkurrenz der Münchener Drechslermeister zu erklären ist, die nicht nur in Gehilfenkreisen übel empfunden wird.

Von den ungelerten Arbeitern des Drechslergewerbes gehören 718 gleich 5,6 Prozent aller Beschäftigten zu den Jugendlichen. Die Bernsteinbranche beschäftigt mit 13,5 Prozent aller Bernsteinarbeiter verhältnismäßig die meisten Jugendlichen. Ihr folgt mit 12,5 Prozent die Bein- und Elfenbeinbranche, dann die Eisenbranche mit 8,5 Prozent. Die Füllfederhalterbranche weist 5,5 Prozent, die Hornbranche 4,9 Prozent Jugendliche auf. In der Holzbranche sind 4,5 Prozent, in der Hartgummibranche 3,4 Prozent und in der Alabasterbranche 2,1 Prozent jugendliche Arbeiter beschäftigt.

Ein recht beachtlicher Faktor im Drechslergewerbe ist heute die Fassonbank. Ihre Brauchbarkeit ist auf fast alle Branchen ausgedehnt und erprobt, und ihre Leistungsfähigkeit erstreckt sich auf alle zur Verarbeitung kommenden Materialien, außer Alabaster und Bernstein. Die verschiedenen Systeme, die bisher zur Verwendung kamen, haben sich in bezug auf die Massenerzeugnisse als stark überlegen gegenüber der Handarbeit erwiesen. So z. B. ersetzen die Perlenautomaten durchschnittlich 15 Handdrechsler, und da die heute für die Mode sehr begehrten Holzperlen auch durch maschinelle Einrichtungen geschliffen und poliert werden, so kann der gelernte Drechsler in der Perlenbranche überhaupt entbehrt werden. Die automatischen Drehbänke haben sich derart vervollkommen, daß solche jetzt selbst in Kleinbetrieben aufgestellt sind. Trotzdem sind ihrer Ausnutzung und Verwendung Grenzen gesetzt, die sich zuungunsten der Handdrechslerei kaum noch weiter verschieben dürften, da sie sich nur bei Massenartikeln gewöhnlichster Art rentieren.

Insgesamt wurden 670 automatische Drehbänke festgestellt. Wie stark dieselben zugenommen haben, wird am besten durch folgende Ziffern illustriert: Im Jahre 1920 kam auf je 9 Drechsler eine Fassonbank, und heute kommt schon auf je 5 Drechsler eine solche. Freilich sind alle Fassonbänke nicht dauernd in Betrieb. Bei dieser statistischen Erhebung waren allein 217 schon seit Wochen und Monaten nicht in Benutzung, das sind 32 Prozent aller mechanischen Drehbänke. Schätzungsweise ersetzt eine Fassondrehbank im Durchschnitt 8 Handdrechsler, so daß die in Benutzung stehenden 453 Fassonbänke über 3600 Handdrechsler ersetzen. 549, das sind 82 Prozent aller Fasson- und sonstigen Automatedrehbänke, entfallen auf die Holzbranche. Die Füllhalterbranche weist 46 auf, und die Eisenbranche 27. In der Hartgummibranche gehen 13 Automaten, in der Hornbranche 3 und in der Bein- und Elfenbeinbranche 2. Die Bearbeitung von Alabaster und Bernstein durch Automatedrehbänke ist bisher trotz aller Versuche nicht gelungen, bei Bernstein werden auch alle weiteren dahingehenden Versuche erfolglos bleiben müssen. Allerdings kann Bernstein durch andere Techniken bearbeitet werden, die dem Drechsler sein Arbeitsgebiet auch freitig machen. Die Bedienung der Automatedrehbänke geschieht zusehends durch ungelernete Hilfskräfte, auch durch Jugendliche und Arbeiterinnen, in einzelnen Fällen sogar durch Lehrlinge, die Drechsler werden sollen. (Schluß folgt.)

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Arbeitsvertrag in der Schwerindustrie.

Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Arbeitsvertrag ist nach der Konferenz, welche die Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich und Belgien Anfang September vorigen Jahres in Bern hatten, wenn auch in veränderter Form, auch für Deutschland in nahe Aussicht gestellt worden. Wenn bisher nichts in dieser Richtung geschehen ist, so kann man das mit der allgemeinen politischen Lage — Regierungskrise, Reichstagsauflösung und Sturz, dann wieder lange Regierungskrise — allenfalls entschuldigen. Allerdings wüssten wir die Hoffnung auf Ratifizierung der gegebenen Versprechungen nicht zu hoch setzen. Zum mindesten wird das zu erwartende Arbeitsgesetz noch heftige Kämpfe im Reichstag auslösen, deren Ausgang noch keineswegs gewiß ist.

Wie stark der Einfluß des Scharfmachertums ist, das jeder gegläubigen Beschränkung der Arbeitszeit heftigsten Widerstand entgegensetzt, zeigt besonders das Verhalten der Unternehmer in der Schwerindustrie. Scheuten sie sich doch nicht, während der Besetzung des Ruhrreviers von den französischen Militärbehörden zu verlangen, den deutschen Arbeitern eine Verlängerung der Arbeitszeit aufzuzwingen. Mehr Verständnis als bei den französischen Besatzungsbehörden fanden die Scharfmacher beim deutschen Reichsarbeitsministerium. Die als Demobilmachungsverordnung erlassene Verordnung über die Arbeitszeit ließ das Arbeitsministerium ablaufen, ohne für einen Ersatz zu sorgen. Nun war für die Scharfmacher die Bahn frei. Durch einen Schiedsspruch wurde in den Hochöfenwerken und in den Rokereten des Ruhrgebietes an Stelle des Achtstundentages das Zweischichtensystem, also die zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt und dieser Spruch wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Inzwischen kam die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, die in ihrem § 7 besagt, daß für gewisse Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit über acht Stunden auch auf Grund tariflicher Vereinbarung oder behördlicher Zulassung nicht gestattet ist. Nach

dieser Bestimmung hätte das Zweischichtensystem in der Schwerindustrie abgeschafft werden müssen. Um die Unternehmer davor zu schützen, wurde dem § 7 als zweiter Absatz folgender Satz angehängt: „Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerbebranche oder Gruppen von Arbeitern diese Beschränkung Platz greift.“ Hiernach „bestimmt“ also der Reichsarbeitsminister. Eine Frist, in der er das zu tun hat, ist ihm nicht gesetzt. In Wirklichkeit bestimmte er aber nicht, sondern er gab sich der beliebigen Regierungstätigkeit des „Erwägens“ hin, und so blieb der standalöse Zustand, daß in der Schwerindustrie der Zwölfstundentag gilt, bis jetzt, 13 Monate nach Erlass der Arbeitszeitverordnung, erhalten.

Aber wir wollen gerecht sein, der Reichsarbeitsminister hat, wie er sich einem Vertreter der Stegerwaldschen Tageszeitung „Der Deutsche“ gegenüber äußerte, den Entwurf einer entsprechenden Verordnung ausarbeiten lassen, ihn aber nicht vollzogen, sondern anfangs Oktober dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt. Dem Rat ist dieser umständliche Weg für eine Maßnahme, deren Wichtigkeit auch der Reichsarbeitsminister anerkennt, nicht ohne weiteres einleuchtend, der Minister hat es also seinem Ausfrager erklärt. In dem Gespräch, das in der Neujausnummer des genannten Blattes wiedergegeben ist, weist der Minister

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Dezember 1924.

Unter normalen Verhältnissen pflegt der Geschäftsgang in der Holzindustrie im Dezember stark abzukommen. Unsere Arbeitslosenzählungen aus der Vorkriegszeit zeigen regelmäßig im Dezember eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit, die mit Jahreschluß den höchsten Stand erreicht, um in den folgenden Monaten abzuklingen. Wenn man sich diese Tatsache vor Augen hält, dann wird man aus dem Umstand, daß nach den vorliegenden Berichten die seit einigen Monaten beobachtete fortschreitende Besserung in der Geschäftslage anscheinend im Dezember zum Stillstand gekommen ist, nicht von vornherein ungünstige Schlüsse ziehen. Allerdings ist die allgemeine Wirtschaftslage noch

so, daß Schlüsse auf die voraussichtliche weitere Entwicklung des Geschäftsganges überhaupt nur mit Vorsicht gezogen werden können. Unsere Statistik über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben umfaßt für den Dezember 545 Betriebe mit 88 194 Beschäftigten. Die Zahl der Eingestellten war wesentlich höher als die der Entlassenen, aber das Verhältnis zwischen beiden Zahlen ist nicht mehr so günstig wie im November, doch hat der Rückgang in der Zahl der leeren Arbeitsplätze auch im Dezember angehalten. Der Umstand, daß von 7 Betrieben mit 751 Arbeitern berichtet wurde, daß sie wegen Arbeitsmangel stillgelegt sind, deutet darauf hin, daß die Schwierigkeiten

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Dezember 1924.

Berufszweig	Beschäftigte	Anzahl				Geschäftsgang						Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit ... Geschäftsgang									
		der Beschäftigten	der Eingelassenen	der Entlassenen	der freien Plätze	gut		befriedigend		schlecht		Dezember 1924		November 1924		Dezember 1923					
						Str.	Arb.	Str.	Arb.	Str.	Arb.	gut	best.	schl.	gut	best.	schl.	gut	best.	schl.	
Möbel	102	13124	179	176	4063	55	7080	33	5042	14	1002	54,0	38,4	7,8	57,8	34,2	8,0	28,9	26,1	45,0	
Bau und Möbel	16	2422	32	56	485	7	801	5	868	4	755	33,1	35,7	31,2	41,7	27,4	30,9	13,4	46,6	40,0	
Weißes Möbel . .	17	1827	60	5	318	10	1153	5	416	2	258	63,1	22,8	14,1	68,0	17,4	14,6	—	11,1	88,9	
Büreaumöbel . .	10	1525	84	4	373	6	986	4	539	—	—	64,7	35,3	—	60,5	39,5	—	5,1	18,8	76,1	
Bau u. Holzbearb.	10	1059	13	6	193	9	904	1	155	—	—	85,4	14,6	—	100,0	—	—	—	25,9	74,1	
Elekt., phot. u. m. Art.	6	798	9	36	247	4	612	1	122	1	64	76,7	15,3	8,0	77,6	14,8	7,6	17,7	71,7	10,6	
Stühle	31	3419	134	61	548	17	2095	11	1089	3	235	61,3	31,8	6,9	63,6	26,7	9,7	8,9	23,7	67,4	
Bild- u. Spiegelr.	8	1163	4	15	245	3	484	4	569	1	130	39,9	48,9	11,2	45,4	54,6	—	—	52,5	47,5	
Uhrgehäuse . . .	11	2930	60	36	405	6	1054	4	1318	1	558	36,0	45,0	19,0	35,8	64,2	—	22,9	77,1	—	
Holzwaren . . .	38	5371	98	63	799	30	4560	7	671	1	140	84,9	12,5	2,8	86,8	10,6	2,6	18,5	39,3	42,2	
Pianos, Orgeln	54	11592	110	75	1466	40	9148	13	2078	1	366	78,9	17,9	3,2	86,2	13,8	—	38,9	35,3	25,8	
Andr. Musikinstr.	11	3031	11	1	248	5	2220	6	811	—	—	73,2	26,8	—	73,1	26,9	—	65,5	31,6	2,9	
Eisengewerke . .	40	4819	94	149	1483	27	3704	10	1001	3	114	76,9	20,8	2,3	75,4	22,3	2,3	14,5	51,0	34,5	
Risten, Packfässer	17	2568	107	12	320	12	2052	4	458	1	56	80,0	17,8	2,2	68,3	21,2	10,5	22,9	18,4	58,7	
Spertholz	8	1167	143	—	267	7	1100	1	67	—	—	94,3	5,7	—	86,6	13,4	—	13,1	60,6	26,3	
Schuhleisten . .	8	1371	26	5	215	5	1035	3	336	—	—	75,5	24,5	—	75,5	18,9	5,6	51,2	—	48,8	
Bürsten, Pinsel.	22	5048	17	47	556	13	3010	8	2018	1	20	59,6	40,0	0,4	58,0	39,8	2,2	30,5	26,9	42,6	
Rämme u. Saarschn.	12	1532	52	44	401	6	715	3	332	3	485	46,7	21,7	31,6	45,6	17,6	36,8	16,8	—	83,2	
Knöpfe	16	2658	29	34	247	13	2415	—	—	3	243	90,9	—	9,1	57,6	35,6	6,8	46,8	16,8	37,4	
Stöcke, Schirme	7	868	1	15	44	5	733	2	133	—	—	84,6	15,4	—	92,3	7,7	—	—	77,3	22,7	
Pfeisen	6	930	11	—	37	4	570	2	360	—	—	61,3	38,7	—	60,8	39,2	—	41,1	19,7	39,2	
Reißeisen	5	2930	—	20	318	1	810	2	870	2	1250	27,6	29,7	42,7	27,5	29,5	43,0	75,4	24,6	—	
Stuhlrohr	2	895	33	8	120	2	895	—	—	—	—	100,0	—	—	83,8	36,2	—	43,0	—	57,0	
Korben	7	1135	51	9	236	6	885	1	250	—	—	78,0	22,0	—	54,2	19,3	26,5	9,8	57,6	32,6	
Rohwaren	6	420	4	10	311	—	—	4	346	2	74	—	82,4	17,6	—	22,9	47,6	29,5	—	54,7	45,3
Sport-, Kinderw.	9	2083	55	11	51	6	1445	3	638	—	—	69,4	30,6	—	68,9	31,1	—	—	23,9	76,1	
Waggons	25	4904	166	58	3114	14	3352	5	968	6	584	68,4	19,7	11,9	59,0	23,0	18,0	—	31,0	69,0	
Karosserie u. Auto	11	1357	75	1	281	7	798	4	559	—	—	58,8	41,2	—	50,4	49,6	—	33,2	26,4	40,4	
Werften	14	2010	18	112	1755	1	354	4	516	9	1140	17,6	25,7	56,7	34,5	35,3	30,2	19,2	61,4	19,4	
Maschinen	18	3242	39	24	560	15	3007	1	235	—	—	92,8	7,2	—	91,3	8,7	—	18,9	17,8	65,3	
Zusammen	540	88194	1715	1093	19704	336	57957	151	22763	68	1474	60,7	20,8	8,5	65,5	26,6	7,9	25,6	33,7	40,7	
Im Vormonat . .	544	87441	3053	977	20323	937	57243	150	23239	57	6959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

in der Holzindustrie noch nicht überwunden sind. Es handelt sich hier um je eine Möbel-, Büreaumöbel- und Rammfabrik und je zwei Risten- und Waggonfabriken. In 21 der von dieser Statistik erfaßten Betriebe mit 4484 Arbeitern wurde verkürzt gearbeitet. Ihnen stehen allerdings 90 Betriebe mit 16 909 Arbeitern gegenüber, die Überstunden machten, um die Aufträge zu bewältigen. In den meisten Berufsgruppen ist die gegen den Vormonat eingetretene Änderung des Beschäftigungsgrades nicht erheblich. Einen beachtlichen Rückgang weisen nur die Rohwarenindustrie und die Werften auf. Durchgängig gut beschäftigt ist die Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Dezember 1924.

Gau	Berichtet haben		Arbeitslose am 31. 12. 24	Von je 100 Mitgliefern waren arbeitslos		Nicht berichtet haben	
	Berwaltungsstellen	mit Mitgliefern		Berwaltungsstellen	mit Mitgliefern		
Ostpreußen . . .	53	5010	379	7,56	7	136	
Estland	91	8489	291	3,43	4	128	
Breslau	83	15638	1173	7,50	7	417	
Berlin	1	25723	2039	7,93	—	—	
Brandenburg . .	115	10670	498	4,67	15	805	
Dresden	55	28034	2058	7,34	3	495	
Leipzig	65	31312	1318	4,21	7	432	
Erurt	91	11828	321	6,91	15	1400	
Magdeburg	49	11868	603	5,08	7	620	
Hamburg	65	22194	2602	11,72	2	301	
Hannover	64	19907	877	4,41	4	734	
Düsseldorf	91	18322	529	2,89	5	356	
Frankfurt	77	19321	1556	8,05	4	491	
Rheinland	109	19934	1401	7,03	7	1439	
München	74	9733	726	7,46	2	270	
Stuttgart	111	20674	518	2,51	7	2716	
Saarpfalz	—	90	1	1,11	—	—	
Zusammen	1195	278747	17880	6,24	96	10740	
Im Vormonat	1194	282883	20126	7,11	102	12391	

Stuhlrohrindustrie, auch die Spertholzindustrie und die Knopffabrikation zeigen ziemlich günstige Zahlen. Im ganzen entfallen von je 100 Beschäftigten 65,7 auf Betriebe mit gutem, 25,8 mit befriedigendem und 8,5 mit schlechtem Geschäftsgang. Gegenüber dem November ist eine nennenswerte Änderung nicht eingetreten, dagegen war der Geschäftsgang ganz bedeutend besser als im Dezember 1923.

Für die den gesamten Verband umfassende Arbeitslosenzählung sind die Berichte aus 1195 Verwaltungstellen mit 278 747 Mitgliedern eingegangen, 96 Verwaltungstellen mit 10 740 Mitgliedern haben nicht rechtzeitig berichtet. Gegenüber dem Vormonat hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 7,11 auf 6,24 Prozent vermindert. Am niedrigsten ist die Arbeitslosenziffer im Gau Stuttgart, wo 2,51 Prozent, und im Gau Düsseldorf, wo 2,89 Prozent der Mitglieder arbeitslos waren. Den höchsten Stand mit 11,72 Prozent weist der Gau Hamburg auf. Auch die Kurzarbeit hat einen weiteren Rückgang erfahren, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht:

Die wöchentliche Arbeitszeit war vermindert um Stunden	Oktober		November		Dezember	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1 bis 8	179	6926	129	4460	93	4039
9 „ 16	147	7145	76	3398	56	2254
17 „ 24						

darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung der Reichsregierung jeder Minister Entwürfe von Verordnungen von allgemeiner Bedeutung dem Kabinett zur Beschlussfassung unterbreiten muß. Das Kabinett ist aber der Meinung, daß die Angelegenheit so wichtig ist, daß erst das Gutachten des Reichswirtschaftsrats abgewartet werden muß. Herr Dr. Brauns hält aber nun die Sache für äußerst dringend, und er erklärte seinem Ausdrager, daß er seinen Entwurf dem Kabinett auch ohne Gutachten vorlegen würde, wenn dieses nicht schleunigst eingehen sollte, und er gab seiner festen Überzeugung dahin Ausdruck, daß die erwartete Verordnung, die den Schwerarbeitern den Achtstundentag wieder bringt, spätestens am 15. Januar erscheinen würde.

Inzwischen ist das Gutachten erstattet worden. Der Reichswirtschaftsrat hat mehr Wert auf gründliche Arbeit als auf Schnelligkeit gelegt. Er hat in den verschiedensten Gebieten des Reichs Hüttenwerke besucht und einen umfangreichen Bericht verfaßt. Am 10. Januar faßte sein Sozialpolitischer Ausschuss mit 14 gegen 13 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Beschluß, dem Reichsarbeitsminister zu empfehlen, Hochöfenwerke, Vertokungs- und Kohlendestillationsanlagen als Gesamtanlage vom 1. März 1925 an den Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen. Das Stimmverhältnis zeigt, mit welcher Hartnäckigkeit die Unternehmervertreter den Zwölfstundentag verteidigten. Immerhin rechnete der Ausschuss mit der Möglichkeit, daß die Regierung dem Mehrheitsbeschluß nicht beitrifft; es wurde ein weiterer Antrag angenommen, durch den der Reichsarbeitsminister, falls er sich im Sinne der Unternehmer entscheide, also das Dreischichtensystem ablehne, ersucht wird, in periodischen Zwischenräumen Gutachten über die wirtschaftliche Tragbarkeit einer Rückkehr zum Dreischichtensystem, dessen Einführung nur eine Frage der Zeit sein könne, einzufordern.

Selbstverständlich hat sich das Scharfmachertum mit dem Beschluß des Reichswirtschaftsrats nicht abgefunden. Es setzt alle Hebel in Bewegung, um trotzdem zu verhüten, daß das Zweischichtensystem beseitigt werde. Wollte man ihm glauben, dann müßte an dem Achtstundentag in den Hochöfen und Kokerieen die ganze Industrie zugrunde gehen. Würden die Herrschaften wirtschaftlich denken, dann würden sie sich Amerika zum Beispiel nehmen. Dort ist vor etwa einem Jahre in den Hüttenwerken das bis dahin geltende Zweischichtensystem durch das Dreischichtensystem abgelöst worden mit dem Erfolg, daß alle großen Hüttenbetriebe feststellen, daß die Tagesleistung der Arbeiter nicht geringer, vielfach aber höher ist als vorher. Unseren Unternehmern ist es aber um das Prinzip zu tun, sie bekämpfen den Achtstundentag grundfänglich, um die Arbeiter niederzuhalten.

Sein Versprechen, bis zum 15. Januar die Verordnung zu veröffentlichen, hat der Reichsarbeitsminister nicht einhalten können. Mit einer so langen Dauer der Regierungskrise hat er wohl nicht gerechnet. Inzwischen ist die neue Regierung gebildet, und eine ihrer ersten Handlungen wird die Stellungnahme zu der fraglichen Verordnung sein. In sozialpolitischer Hinsicht stellen wir an das neue Reichskabinett gewiß keine großen Erwartungen, aber gespannt kann man sein, ob es den Mut finden wird, die Einführung des Dreischichtensystems in der Schwerindustrie abzulehnen.

Ein Parlament für Lohnerhöhungen und Achtstundentag.

Der Finanzausschuss des württembergischen Landtages hat am 3. Januar auf Antrag der Sozialdemokraten, Deutsch-Demokraten und des Zentrums folgendes beschlossen:

1. Die Staatsregierung zu ersuchen, den Fragen der Lohnpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, im Sinne einer den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragenden Erhöhung der Arbeitslöhne und Angestellten-Gehälter und Bestrebungen der Schlichtungsausschüsse auf möglichste Niedrighaltung der Arbeiterlöhne mit Nachdruck entgegenzutreten.

2. Bei der Reichsregierung einzutreten 1. für die baldige Schaffung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung, 2. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit, 3. eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen und die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Angestelltenrechts bei allen Zweigen der sozialen Versicherung, 4. die Wiederherstellung der Unfallrente auf Grund der vorkriegsrechtlichen Regelung und unverzüglichen Umstellung aller Renten auf Goldmarkbasis, 5. größte Vereinfachung des gesamten Rentenverfahrens zwecks Erparnis an Verwaltungskosten, 6. die baldige gesetzliche Regelung des Schutzes der Bauarbeiter.

Mit dem Beschluß ist der Arbeiterschaft ja noch nicht geholfen, es ist aber immerhin etwas wert, wenn selbst ein Parlament anerkennt, daß die Arbeitslöhne zu niedrig sind, und daß ihre Erhöhung im Interesse der Volkswirtschaft liegt. Erfreulich ist auch die Forderung auf Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens. Der Finanzausschuss faßte seinen Beschluß gegen den Willen der württembergischen Regierung, die hierbei von den Deutschenationalen und Volksparteilern lebhaft unterstützt wurde. Die von Württemberg ausgehende Aktion wird nur dann einen Erfolg haben, wenn auch die anderen Parlamente in gleicher Richtung vorgehen. Dann wird die Reichsregierung gezwungen sein, sozial- und wirtschaftspolitisch einen Kurs zu steuern, der gegangen werden muß, wenn dem Volke in seiner Gesamtheit geholfen werden soll. Wie die Dinge heute liegen, tut aber die Arbeiterschaft gut daran, sich nicht so sehr auf die Parlamente und Regierungen zu verlassen, sondern selbst Hand anzulegen, damit ihre Wünsche und Forderungen in Erfüllung gehen. Starke und innerlich gefestigte Gewerkschaften können und werden der Arbeiterschaft bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse erkämpfen.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 4. Wochentag für die Wochensammlung am 18. Januar bis 24. Januar festgelegt worden.

Berlin S.O. 19, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Bildhauer.

Die Geschäftslage im Bildhauerberuf hat sich wesentlich verschlechtert. In Berlin und anderen großen Städten ist ein Ueberfluß an Arbeitskräften, ein Bedarf macht sich nur in kleineren Orten und besonders im westlichen Deutschland bemerkbar. Er konnte gedeckt werden durch unsere Zentralstellenvermittlung, soweit die Kollegen Nachricht gaben, daß sie die ihnen überlassene Stelle besetzt haben. Geschieht das nicht und bleibt die Stelle unbesetzt, werden die Kollegen geschädigt, die auf eine Stelle warten.

Einen genauen Ueberblick über die derzeitige Geschäftslage sollen uns die einzusendenden Jahresberichte der Selektionsleiter und Vertrauensmänner geben. Besondere Fragebogen werden zu diesem Zweck nicht versendet. Wir verweisen auf die Broschüre „Die Verhältnisse im Bildhauerberuf“ auf Grund der statistischen Umfrage im Mai 1924, worin gebeten wird, uns von allen Uebelständen im Beruf Kenntnis zu geben, um das Nötige dagegen veranlassen zu können. Im Jahresbericht können diese Uebelstände geschildert werden.

Also nicht nur nackte Zahlen sind uns erwünscht, sondern eine beigefügte Schilderung soll ein lebendiges Bild geben vom Leben im Beruf und der Tätigkeit unserer Berufsgruppen. Derartige Angaben sind uns auch von Orten erwünscht, wo Bildhauer beschäftigt sind, aber weder eine Bildhauersektion besteht, noch ein Vertrauensmann vorhanden ist. Um mit diesen Orten wieder in Fühlung zu kommen, bitten wir um Mithilfe der einzelnen Bildhauerkollegen bzw. der Ortsverwaltungen.

Erwünscht sind uns auch Angaben, ob ein Nachlassen der Schundarbeit sich bemerkbar macht und mehr Qualitätsarbeit in Frage kommt, oder ob eine Einschränkung der Bildhauerarbeiten durch Vereinfachung der besseren Möbel im Sinne des deutschen Werkbundes sich schon zeigt. Den Uebelständen im Lehrlingswesen müssen wir unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden, Anregungen sind in der erwähnten Broschüre gegeben, desgleichen in bezug auf das Heimarbeitersystem. Es müssen alle Schritte getan werden zur Eindämmung bzw. Beseitigung dieses Krebsgeschwulstes.

Von der Statistikbroschüre können noch Exemplare von uns bezogen werden. Die Jahresberichte 1924 erwarten wir schnellstens.

J. A.: P. Dupont,
Berlin S.O. 16, Am Köllnischen Park 2.

Die Modell- und Fabriktschler im Gau Brandenburg.

Im Gau Brandenburg oder richtiger gesagt in Groß-Berlin mit seinen großen Metallkonzernen sind wohl gut ein Zehntel der gesamten Modell- und Fabriktschler Deutschlands beschäftigt. In den Siemens-Werner-Werken arbeiten gegen 500 Holzarbeiter. Die kommunistischen Umtriebe, die ihren Herd in der Hauptsache in den Metallbetrieben hatten, haben auch da ihre Spuren hinterlassen. Organisiert sind in diesen großen Betrieben fast nur die Modelltschler. Deren Verdienst beträgt auch durchschnittlich 1 bis 1,15 Mk. pro Stunde. Der Lohn ist sogar höher als zurzeit der Lohn der Kollegen in der Privatindustrie mit ungefähr 230 Beschäftigten. Der Lohn der Fabriktschler ist sehr stark beeinflusst von den Löhnen der Metallarbeiter. Stundenlöhne von 70 Pf. sind eine Ausnahme nach oben. Die Branche fällt hiermit ganz aus dem Rahmen ihrer Kollegen in der Holzindustrie, wo der Durchschnittsverdienst 90 Pf. bis 1 Mk. pro Stunde beträgt. Zurzeit besteht für die Berliner Metallindustrie kein Lohnabkommen, und es wäre bei einer guten Organisation sicher möglich, die Löhne der Holzindustrie zu erringen, wenn die Fabriktschler geschlossen organisiert wären.

Bezüglich der Verdienste liegen die Verhältnisse der Modell- und Fabriktschler in der Provinz ähnlich wie in Berlin, trotzdem die Organisation durchweg gut ist. Hier besteht ein Vertragsverhältnis für die Metallindustrie, die Löhne der gelernten Berufe sind aber durchschnittlich 25 Prozent niedriger als die der Holzindustrie. Vor der Inflation hatten unsere Kollegen in mehreren Orten die Löhne der Holzindustrie. Als aber bei einigen Lohnabkommen die Löhne der Metallindustrie um einige Milliarden die Stunde höher festgesetzt wurden, ließen sie sich kurzfristig dazu verleiten, dem lange gehegten Wunsch der Metallindustriellen nachzukommen und diese Abmachungen anzuerkennen.

Diese Zustände waren Gegenstand einer eingehenden Aussprache auf der Konferenz, die der Gauvorstand auf den 11. Januar berufen hatte, und an der Vertreter aus 14 Orten teilnahmen. Wie ein roter Faden zog sich durch die ganze Diskussion der Nachschrei, wie kommen wir vom Metallabkommen los, und wie können wir die Löhne unserer Berufskollegen erringen. Mit Recht wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß für die Former und Gießer ein Sonderabkommen in der Metallindustrie besteht und die Bedeutung der Leistung des Modelltschlers sicher nicht hinter der dieser Branchen zurücksteht. Vom Vorstandstisch wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es nach den Bestimmungen des DGB. nicht möglich ist, ein besonderes allgemeines Vertragsverhältnis für die Holzarbeiter in den Metallbetrieben zu schaffen, daß aber die Frage der Entlohnung lediglich eine Frage der Organisation der Beschäftigten ist.

In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, fordert die Konferenz vom Haupt- und Gauvorstand die Unterstützung zur Schaffung von Sonderbestimmungen in den Metallverträgen für die Holzarbeiter, die die Möglichkeit schaffen, gleiche Löhne wie in der Holzindustrie zu verdienen. Mit der einstimmigen Annahme einer weiteren Resolution, die ausspricht, daß die zuständige Organisation für die Modell- und Fabriktschler nur der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist, schloß die Konferenz.

Korrespondenzen.

Breslau. Es gibt hier eine Reihe von Betrieben, die oft Not haben, zur richtigen Zeit das Geld für den fälligen Lohn zu beschaffen. Eine besondere Blüte aber ist der Tischlermeister Gressinger, bei dem schon verschiedene Gefellen um den Lohn betrogen worden sind. Klage vor dem Gewerbegericht und dann durchgehende Pfändung führt auch nicht mehr zum Ziel, da bei Gressinger nichts zu pfänden ist. Wir raten unseren Kollegen dringend, die Werkstatt unter allen Umständen zu meiden, wollen sie nicht einige Wochen umsonst arbeiten.

Weglar. Die psychotechnische Eignungsprüfung kommt in neuerer Zeit stärker in Aufnahme. Sie wird bei der Berufsberatung und in manchen Betrieben auch bei der Aufnahme von Lehrlingen angewendet, um einen Inhalt dafür zu gewinnen, ob der Kandidat die Anlagen besitzt, die die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lehre sind. Im hiesigen Stahlwerk Vödenus-Nöckling werden alle neu anzustellenden Arbeiter einer solchen Eignungsprüfung unterworfen. Sie erstreckt sich auf Körperkraft, Geschicklichkeit, Schvermögen und Nervenkraft. Wer diese Prüfung besteht, wird dann noch einer recht eigenartigen Intelligenzprüfung unterworfen. Hierbei wird er sehr gründlich ausgefragt, und es hat den Anschein, als habe diese Ausfragerei hauptsächlich den Zweck, etwaige Kenntnisse des Anwärters zu erforschen, die für den Betrieb nützlich sein können. Es ist begreiflich, daß bei einer solchen Prüfung nur ein kleiner Teil der Geprüften würdig befunden wird, in dem Betrieb zu arbeiten. Wer auf die Arbeitergesuche der Firma nach Weglar kommt, tut es auf eigene Gefahr; wer nicht brauchbar befunden wird, ist erledigt, Reisegeld wird nicht vergütet. An Holzarbeitern kommen für den Betrieb Modelltschler in Betracht. Den auswärtigen Kollegen kann nach dem Gesagten nicht geraten werden, auf Arbeitergesuche nach Weglar zu kommen, zumal es hier noch Arbeitslose gibt. Auf Verlangen gibt die Ortsverwaltung nähere Auskunft.

Unsere Lohnbewegung.

Für die Harmonikaindustrie in Altenburg-Gera wurde am 10. Januar vor dem Schlichtungsausschuss in Gera verhandelt. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, der die Löhne um 5 Prozent erhöht, der Spitzenlohn steigt damit auf 54 Pf.

In Bremen wurde die Lohnbewegung der Stuhlröhre durch einen am 7. Januar gefällten Schiedspruch beendet. Hiernach beträgt der Grundlohn des angeleiteten Arbeiters 58 Pf., der Arbeiterinnen 37 Pf., der Handwerker 65 Pf. Hierzu kommen die seitherigen Zuschläge bei Akkordarbeit.

In Breslau erzielten die Schirmmacher eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. Ab 2. Januar beträgt der Lohn der Facharbeiter 68 Pf.

In Finsterwalde haben unsere Kollegen in einigen Betrieben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

Aus der Holzindustrie.

Mologa-Holzindustrie-A.G.

Vor nunmehr bald zwei Jahren berichteten die Zeitungen über eine deutsche Waldkonzession in Rußland. Unternehmer anderer Länder hatten bereits vorher in den russischen Wäldern Fuß gefaßt; daß es nun auch deutschen gelungen war, wurde allgemein als ein Erfolg betrachtet. Die der „Gesellschaft für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Osten“ erteilte Konzession erstreckt sich auf ein Waldareal von ungefähr 900 000 Hektar. Die Vertragsdauer beträgt 20 Jahre, in jedem Jahre können bis zu 9000 Hektar abgeholzt werden. Von dem Holz kann ein Teil ausgeführt, der Hauptteil muß in Rußland zu Schnittmaterial verarbeitet werden. Um das zu ermöglichen, muß die Gesellschaft Sägewerke errichten und noch einige andere Verpflichtungen erfüllen.

Von den Unternehmern, die mit Rußland in Handelsbeziehungen zu kommen hoffen, wurde die „Mologa“ als ein verheißungsvoller Anfang begrüßt. Auch die politische Welt war dieser Meinung. Die Holzindustrie hatte noch die besondere Hoffnung, daß durch die „Mologa“ die russische Holzeinfuhr in Fluß gebracht und kräftig gefördert werden würde. Wir haben diese Hoffnung nicht geteilt, und die Entwicklung hat uns recht gegeben. Selbst wenn die „Mologa“ es als ihre Hauptaufgabe betrachtet hätte, den russischen Holzexport nach Deutschland zu fördern, hätte sie doch keine Erfolge erzielen können, weil die russische Holzwirtschaft die ganze Zeit hindurch nicht so in Ordnung war und auch heute noch nicht ist, um Holz in nennenswerten Mengen ausführen zu können. Der „Mologa“ kommt es aber weniger auf die Holzeinfuhr nach Deutschland an, sondern sie will mit den russischen Wäldern gute Geschäfte machen. Das Unternehmen soll eine glänzende Kapitalanlage sein. Die Gründer der „Mologa“ sind weltbekannte Kapitalisten, die jede Gelegenheit ergreifen und wahrnehmen, wo ein glänzender Profit winkt. Gründer der „Mologa-Holzindustrie-A.G.“ sind: 1. Deutsch-Lugenburgische Bergwerks- und Hütten A.-G., Dortmund; 2. Europäische Holzhandels-Gesellschaft A.-G., Hannover; 3. Gesellschaft Bergwerks A.-G.; 4. Hoch-Tief, A.-G. für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helfmann, Essen; 5. Koholyt A.-G., Berlin; 6. Gebr. Himmelsbach A.-G., Freiburg, Br.; 7. Bopp u. Reuther, Mannheim-Waldhof; 8. Grün u. Blüfinger, A.-G., Mannheim; 9. Oberheinische Industrie-Gesellschaft J. Vögele u. Co., Mannheim; 10. Schuchardt u. Schütte, A.-G., Berlin; 11. Siemens Bauminion, G. m. b. H., A.-G., Berlin. Die ersten fünf Firmen gehören dem Stinnes-Konzern an, auch alle anderen sind großkapitalistische Unternehmungen, deren Leiter fast alle bekannte Anhänger der Rechtsparteien sind.

Die Öffentlichkeit hat von der „Mologa“ die ganze Zeit her so gut wie nichts gehört. Jetzt auf einmal wird in allen Zeitungen über sie geschrieben. Sie wird in Zusammenhang gebracht mit dem Kreditkandal der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), die den ausländischen Großunternehmern Rüstler und Barmaß umfangreiche Kredite gegeben hat, ohne darauf zu achten, daß auch die nötigen Sicherheiten vorhanden sind. Auch die Reichspost soll in die Angelegenheit verwickelt sein. Wahrheit und Dichtung werden hier aber so durcheinander geworfen, daß über nichts volle Klarheit herrscht. Gewisse Kreise machen die Angelegenheit zu einem Kampf gegen Demokratie und Republik. Ob die Gerichtsverhandlung helles Licht in den Skandal bringen wird, erscheint fraglich. Soviel steht jedoch fest, daß es hier sehr stinkt. Das soll auch bei der „Mologa“ der Fall sein, und sie wird als ein Inflations- und Korruptionsunternehmen bezeichnet. Das geht selbst der „Roten Fahne“ zu weit, die am 14. Januar feststellt, daß die „Mologa“ ein anständiges Unternehmen ist. Den Stinnes-Männern wird die Feststellung große Freude bereiten. Sonst ist den Kommunisten jeder Kapitalist das größte Scheusal der Welt, wenn sie aber mit Sowjetrußland Geschäfte machen, dann sind sie anständige Männer und Bundesgenossen.

